

**Dr. Maier, Minister des Landes Bayern:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Keine Angst, ich will den homerischen Streit der deutschen Stämme und Länder nicht fortsetzen. Ich möchte die Debatte auch nicht allzusehr auf die Bundesrats-Bank verlagern und dem baden-württembergisch-hessischen Schlagabtausch einen hessisch-bayerischen nachschicken. Aber einige „Fragen eines lesenden Arbeiters“ zu dem hier skizzierten Bild des fortschrittlichen Hessen drängen sich doch auf.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU.)

Erste Frage zu den Richtlinien: Wenn sie so schön sind, die Richtlinien, und so unumstritten, warum, Herr Kollege Osswald, haben Sie sie dann kurz vor dem Hessen-Forum — mindestens im ersten Entwurf — zurückgezogen?

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Zweite Frage: Wenn die Eltern so stark beteiligt waren, warum hat dann der Landeselternbeirat mehrfach gegen die Rahmenrichtlinien Stellung genommen und eben jenes Gutachten bei den SPD-Kollegen Nipperdey und Lübke in Auftrag gegeben, das zu dem Ergebnis kommt, wesentliche Teile der Rahmenrichtlinien des ersten Entwurfs seien verfassungswidrig?

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Dritte Frage eines lesenden oder eines mithörenden Arbeiters: Wenn nur alte Inhalte neu gestaltet worden sind, wie erklären Sie sich dann das Urteil von Golo Mann — ich zitiere ihn mit Erlaubnis der Frau Präsidentin —:

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU.)

Landesminister Dr. Maier

- (A) Die Verfasser sagen, die Geschichte erhalte in den hessischen Rahmenrichtlinien einen neuen Stellenwert. Den erhält sie: im Mülleimer.

Das ist Golo Mann.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Abg. Wehner: Eingebildet originell! — Abg. Dr. Schäfer [Tübingen]: Ich habe schon Besseres von Ihnen gehört!)

— Das ist ein Zitat von Golo Mann. Es war nicht von mir. Zu den hessischen Rahmenrichtlinien ist ihm wahrscheinlich nichts Besseres eingefallen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU.)

Vierte Frage: Wenn sich die Gesamtschule in Hessen so bewährt hat, warum kommt dann die schärfste Kritik an den augenblicklichen Gesamtschulversuchen gerade aus dem Kollegium der Ernst-Reuter-Schule in Frankfurt? Das wird ja unter Pädagogen bundesweit diskutiert.

Fünfte Frage: Wenn Hessen in der Schul- und Hochschulpolitik immer voran war, wie erklären Sie dann den merkwürdigen Sachverhalt, daß Hessen bis heute keine neue Hochschule gegründet hat? Denn die Gesamthochschule Kassel ist nur eine Erweiterung schon bestehender Hochschulen. Wie erklären Sie sich, daß CDU- und CSU-Kultusminister, Mikat in Nordrhein-Westfalen, Hahn in Baden-Württemberg, Huber in Bayern, eine große Anzahl neuer Hochschulen gegründet haben, lange bevor Hessen auch nur seinen augenblicklichen Bestand an Studienplätzen aufgestockt hat?

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Hessen liegt im Augenblick mit seiner Zahl an Studienplätzen unter dem Durchschnitt der Bundesrepublik. Das läßt sich nachweisen.

(Hört! Hört! und Beifall bei der CDU/CSU. — Zurufe von der SPD.)

Ich sage das nicht aus kleinlicher Kritik. Es gibt viele Punkte, in denen auch CDU-Länder Nachholbedarf haben.

(Bravo! bei der SPD.)

— Selbstverständlich, das habe ich nie bestritten. — Es gibt auch viele Punkte, wo SPD-Länder Nachholbedarf haben. Das sollte in einem föderalistischen System ein edler Wettstreit sein, und man sollte nicht alle Lorbeeren auf ein Haupt und auf ein Land häufen. Im übrigen stimme ich Herrn Osswald sehr zu in der Hochschulpolitik, wenn er kürzlich erklärt hat, er wolle Flagge zeigen. Nur, Herr Kollege Osswald, das sollte nicht die weiße Flagge sein.

(Große Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU. — Zurufe von der SPD. — Abg. Orgaß: Ausgeflaggt!)

Zurück zu dieser Debatte.

(Beifall bei der SPD.)

Es geht in dieser Debatte nicht darum, irgendeiner Partei die Schelle mangelnder Verfassungsloyalität umzuhängen.

(Zurufe von der SPD.)

Das wäre ebenso anmaßend wie töricht.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Demonstrativer Beifall bei den Regierungsparteien.)

Es geht auch nicht darum, daß eine Partei gegenüber der anderen recht behält. Damit wäre dem notwendigen Konsens der demokratischen Kräfte in diesen Fragen nicht gedient.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Es geht in dieser Debatte, wenn ich sie recht verstanden habe, um drei Dinge, erstens um das gemeinsame Verfassungsverständnis aller demokratischen Parteien — das gemeinsame Verfassungsverständnis! —, zweitens um die Beurteilung dessen, was sich am Rande oder außerhalb dieses Verfassungsverständnisses in den letzten Jahren an Kräften und Bewegungen in diesem Lande entwickelt hat,

(Beifall bei der CDU/CSU.)

und drittens — und das ist das Wichtigste — um ein solidarisches Handeln der demokratischen Parteien gegenüber diesen Kräften.

(Erneuter Beifall bei der CDU/CSU.)

Dabei liegt der Streit viel weniger in der Theorie als vielmehr in der Praxis. Ich könnte allem zustimmen, was der Verfassungsminister des Bundes heute mittag zur Eröffnung der Debatte gesagt hat. Das hätte ein Unionspolitiker sicher nicht besser sagen können.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Die Frage ist gar nicht: Ist dieses oder jenes verfassungsrechtlich oder verfassungspolitisch problematisch? Darüber erzielt man mit SPD-Kollegen rasch Einigkeit, manchmal unter vier Augen rascher als in der Öffentlichkeit.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU.)

Sondern die Frage ist: Was tun wir dagegen? Hier fangen die Fragen, die Zweifel und die Bedenkllichkeiten an. Diese Debatte hat sie nicht beheben können. Denn ich habe eine Antwort auf die Fragen der Unionsfraktion nicht gehört.

(Abg. Dr. Schäfer [Tübingen]: Von der CDU nicht gehört!)

— Nein, gerade von Ihnen, Herr Kollege Schäfer. Ich komme noch darauf zurück.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Zunächst zum Verfassungsverständnis! Die Verfassung ist die rechtliche Grundordnung eines Staates. Sie ist die Ordnung unseres gemeinsamen Zusammenlebens. Sie ist die Spielregel für den Austrag unserer Konflikte. Sie ist auch — darin stimme ich den SPD-Rednern zu — der Grandriß für den Ausbau dieser Demokratie. Sie ist aber vor allem ein gesetztes Maß, das eingehalten werden muß. Sie gilt. Sie darf nicht verletzt werden. Sie muß beachtet werden.

Man sage nicht, das sei statisches Denken. Jeder weiß, daß Verfassungen sich entwickeln. Jeder weiß, daß wir heute das Grundgesetz mit anderen Augen sehen, anders interpretieren, andere Akzente setzen

(C)

(C)

Landesminister Dr. Maier

(A) als 1949. Aber in aller Entwicklung, die stets offen ist und die offengehalten werden muß, müssen Grundmaße unverrückt bleiben, die zu beachten der Verfassungsgeber sich selbst verpflichtet hat. Das sind die Menschenrechte, vor allem das Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, das ist die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip, die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition. So hat das Bundesverfassungsgericht in verbindlicher Auslegung unseres Grundgesetzes die freiheitlich-demokratische Grundordnung umschrieben, und man sollte sich heute daran erinnern, daß diese Abgrenzung vom Verfassungsgericht zuerst nach rechts befestigt worden ist, nämlich im SRP-Urteil von 1952. Ich hoffe, diese freiheitliche Grundordnung ist eine verpflichtende Regel für alle.

Es wird nicht bestritten, daß das Grundgesetz breite Zonen der Ausgestaltung und Weiterentwicklung enthält. Ich will nur an die Begriffe Demokratie, Sozialstaat, Leistungsstaat, aber auch Rechtsstaat denken; denn auch der Rechtsstaat ist keineswegs abgeschlossen, vollendet. Hier liegt das legitime Kampffeld aller Parteien. Hier geht auch die Auseinandersetzung vor sich, ganz zu Recht, um die Fragen Sozialismus, Demokratie, Mitbestimmung und was man immer hier nennen mag. Aber es wäre verfehlt — ich habe das ein paarmal in Beiträgen der Regierungsparteien anklingen hören —, die Einhaltung geltenden Verfassungsrechts, geltender Verfassungsgrundsätze von dem Postulat der sozialen Weiterentwicklung des Grundgesetzes abhängig zu machen. Wenn die Unionsparteien ganz selbstverständlich sich dazu bekennen, daß das Grundgesetz nichts Abgeschlossenes ist, sondern der Weiterentwicklung ebenso fähig wie bedürftig ist, wenn sie ohne weiteres den Satz unterschreiben, daß ein Rechtsstaat ohne soziale Gerechtigkeit heute eine Leerformel ist, etwas Leeres, so sollte auch die SPD einräumen, daß die freiheitlich-demokratische Grundordnung in jedem Fall der Diskussion der Parteien entzogen ist

(Abg. Dr. Schäfer [Tübingen]: Wie können Sie „einräumen“ sagen!?)

und nicht unter ein Gebot einer sozialen, sozialstaatlichen oder sozialistischen Ausfüllung, gewissermaßen unter einen Ausfüllungsvorbehalt gestellt werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Ich räume ein: es gibt sicher Politiker, die zu lernen haben, daß eine Verfassung ein offenes System ist und daß man sie weiterentwickeln muß, oder die mehr auf diesem Gebiet zu lernen haben. Aber ebenso sollten andere Politiker lernen, daß die Verfassung nicht erst durch den Gesetzgeber erfüllt wird, sondern daß sie schon in ihrer Grundordnung, in ihrer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ein Bestand ist, der gilt, der zu beachten ist und gegen dessen Verletzung alle Parteien eintreten müssen, ganz unabhängig von ihren — je nachdem — andersgearteten politischen Zielen.

(C) Soviel nur zur Einleitung. Ich meine, diese Grundbesinnung und diese Überlegung sind notwendig; denn wir stehen gemeinsam vor den gleichen Aufgaben, die ich jetzt kurz darstellen will.

Zweifellos haben sich in den letzten Jahren Kräfte entwickelt, die über den lange Zeit unbestrittenen Grundkonsens unserer Verfassung hinausdrängen. Es ist ja nur ein kleines Symptom, wenn in einer gestern erschienenen Infas-Umfrage unter Gymnasiasten und Studenten bekannt wird, daß sich 10 % für eine Revolution aussprechen, daß nur wenige am Bestehenden Vergnügen finden. Man sollte das weder unterschätzen noch überschätzen. Es ist das gute Recht junger Menschen, sich nicht mit dem Bestehenden zu begnügen. Hier liegt nicht das eigentliche Problem. Es ist auch klar, daß diese Jugend, die keine Erfahrung mehr mit dem Dritten Reich gehabt hat, die auch keine Erfahrung mit kommunistischen Diktaturen hat, nicht den gleichen Zugang zur Verfassung und zu der Erfahrungsgrundlage dieser Verfassung hat wie die mittlere und ältere Generation.

Vizepräsident Frau Funcke: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Moersch?

Dr. Maier, Minister des Landes Bayern: Bitte schön!

(D) Moersch (FDP): Herr Minister, können Sie mir bei der Auswertung dieser Umfrage zustimmen, wenn ich sage, daß dies ein ungewöhnlich günstiges Ergebnis ist, wenn es heißt, daß nur 10 % ihre politischen Vorstellungen nicht im Rahmen der Verfassung verwirklichen wollen, verglichen mit der Verhaltensweise aller hier anwesenden Abgeordneten zu dem Zeitpunkt, als sie 18 Jahre alt waren?

Dr. Maier, Minister des Landes Bayern: Ich habe schon gesagt, daß ich die Ergebnisse solcher Studien nicht überbewerte, zumal es heute einem gewissen modischen Trend entspricht, für Veränderung, auch für Revolution zu sein.

Aber hier scheint mir nicht das Problem zu liegen. Wir müssen auch betonen: nicht die Jugend allein hat die Verantwortung für diese Entwicklung. Oft ist die Saat des radikalen Zweifels an überlieferten Werten schon in der Familie gesät worden, von Eltern, die angesichts der rapiden Veränderungen in ihrer Umwelt immer weniger in der Lage waren, ihren Kindern erzieherische Werte mitzugeben. Was als Aufstand gegen alle Autorität erscheint, ist oft nur eine Reaktion auf verweigerte Autorität, vorenthaltenen Widerstand, auf ein Fehlen von Vorbildern der Lebensgestaltung, und hier sind wir alle mitverantwortlich. Die Folge ist jenes große Mißtrauen, das heute jeder Erzieher, aber auch jeder Politiker zu spüren bekommt, der mit der Jugend zu tun hat.

Eines aber möchte ich sagen: Je mehr Erwachsene, je mehr Politiker, je mehr demokratische Parteien darauf relativistisch oder „jugendversteher“-lau reagieren, desto stärker wird die Empfänglichkeit

Landesminister Dr. Maier

(A) der jungen Generation für absolute und totale Lösungen und für die Revolution sein, desto stärker wird der Wunsch sein, wenn nicht geliebt, so doch wenigstens bekämpft zu werden.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Die Unsicherheit der älteren Generation und der abstrakte Moralismus der Jüngeren bieten eine Chance für Verführer, die sich im Besitz von Totalerklärungen für alle Lebensprobleme und Lebensrätsel wähnen. Hieraus erklärt sich wenigstens zum Teil die Anziehungskraft des Neomarxismus und seiner verschiedenen Organisationen auf die junge Generation. Genau hier ist der Punkt, wo Verwaltung und Gesetzgebung, wo wir alle, meine Damen und Herren, ein waches Gespür für die Folgewirkungen geistiger Bewegungen in der Tiefe der Gesellschaft entwickeln müssen,

(Abg. Dr. Mertes [Gerolstein]: Sehr gut!)

wo wir versuchen müssen, zerstörerischen Radikalismus abzuwehren, ohne die Fragen der jungen Generation zu verdrängen, wo wir Grenzen ziehen müssen, um die Freiheit und Pluralität der Wissenschaft gegen ideologische Zwangsmuster, gegen Schulungskurse zu sichern, seien sie nun durch Richtlinien oder durch Studienordnungen eines sozialistischen Studiums abgesichert. Das ist eine gemeinsame Aufgabe aller Parteien; denn wir finden die gleiche Lage und die gleiche Psychologie der jungen Generation überall, in allen Ländern und in allen Parteien, vor.

(B) Aber ohne Frage — das sei keine Kritik — leidet die SPD unter dieser Entwicklung im Augenblick besonders stark. Ich darf es, um jede Mißdeutung abzuwehren, mit den Worten eines der Ihren sagen. Bruno Friedrich hat davon gesprochen, daß die SPD in gewissem Sinne den Preis ihres Sieges von 1972 zahlen müsse, und zwar durch den Zustrom vieler Mitglieder, die — ich zitiere —

nach ihrem Herkommen und ihrem Denken wenig von dem wissen, was die Sozialdemokratie bisher geprägt hat. Es gibt Großstädte, vor allem Universitätsstädte, in denen die SPD in zwei Jahren mehr als ein Drittel der Mitglieder neu hinzugewonnen hat, und es gibt Mitgliederversammlungen, in denen mehr als die Hälfte der Anwesenden neue Mitglieder sind.

Er sagt im gleichen Artikel in der „Zeit“ vom 6. April 1973 — ich zitiere wiederum —:

Es wäre untunlich, hier zu verschweigen oder zu kaschieren, daß, von den Hochschulen kommend, ein den Reformsozialismus ablehnender, weltanschaulich formulierter Marxismus in der SPD Boden gewinnen will.

Ich glaube, in der Schärfe hat es kein Debattenredner der Unionsparteien gesagt.

(Abg. Dr. Glotz meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Vizepräsident Frau Funcke: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(C) Dr. Maier, Minister des Landes Bayern: Ich möchte das Zitat noch zu Ende führen; dann gern! Ich zitiere weiter:

Das von den Hochschulen kommende wachsende Potential der Kommunisten und die von der Studentenselbstverwaltung zur politischen Aktionseinheit durchschlagende Studentensolidarität wird die SPD zwingen, stärker als bisher auf eine klare Abgrenzung zum Kommunismus zu achten.

Anderes würde ich auch nicht sagen. Anderes hat, wenn ich ihn recht verstanden habe, auch Herr Dregger nicht gesagt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU.)

Das, meine Damen und Herren von der SPD, sind die Fragen, die wir an Sie haben. Wie gesagt, ich sehe noch nicht, daß sie befriedigend beantwortet worden wären.

Vizepräsident Frau Funcke: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Glotz?

Dr. Glotz (SPD): Herr Staatsminister, würden Sie mir denn zugestehen, daß die Sozialdemokratie diesem Staat und dieser Verfassung dadurch, daß sie seit 1968 viele der jungen Kritiker unserer Staatsordnung in eine reformistische Arbeiterbewegung integriert hat, einen großen Dienst geleistet hat?

(D) Dr. Maier, Minister des Landes Bayern: Insoweit, als sie es tatsächlich getan hat, Herr Kollege Glotz, erkenne ich das voll an.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Meine Kritik beginnt dort — ich glaube, Sie werden mir in der Diagnose zustimmen —, wo aus Integration Anpassung, d. h. aus Kritik an dieser Gruppe und aus Zurechtweisung und Eingliederung eine bedingungslose Anpassung geworden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Abg. Conradi: Ihr Verhältnis zum Wirtschaftsrat!)

Vizepräsident Frau Funcke: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogel?

Vogel (Ennepetal) (CDU/CSU): Herr Minister, was, meinen Sie, würde der Herr Kollege Glotz sagen, wenn sich ein gleicher Vorgang im rechten Spektrum vollzogen hätte und die CDU-NPD-Mitglieder in ihre Reihen aufgenommen hätte?

(Zuruf von der SPD: Das hat sie doch!)

Dr. Maier, Minister des Landes Bayern: Da die Frage an den Herrn Kollegen Glotz gerichtet ist und ich mir nicht gut seinen Kopf zerbrechen kann, kann ich keine Antwort geben. Aber vielleicht können sich die beiden Interpellanten selbst verständigen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU.)

(A) **Vizepräsident Frau Funcke:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schäfer?

**Dr. Maier, Minister des Landes Bayern:** Bitte!

**Dr. Schäfer (Tübingen) (SPD):** Herr Minister, würden Sie mir zustimmen, daß sich die Problematik für die CDU/CSU im Verhältnis zur NPD und ihren Angehörigen genauso stellt?

**Dr. Maier, Minister des Landes Bayern:** Nein, denn ich kenne keine NPD-Mitglieder, die bewußt versucht haben, in einer Doppelstrategie — ich komme gleich darauf zurück — Aktionseinheiten, Organisationen und Institutionen der Unionsparteien zu unterwandern und sie für ihre Ziele mit der Absicht einzuspannen, aus den Unionsparteien eine andere Partei zu machen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU.)

**Dr. Schäfer (Tübingen) (SPD):** Herr Minister, vermögen Sie nicht zu erkennen, daß es insbesondere bei der CSU einer Unterwanderung gar nicht bedurfte, sondern man directement tätig werden konnte?

(Beifall bei der SPD. — Widerspruch bei der CDU/CSU. — Abg. Kroll-Schlüter: Das ist Ihre Primitivität! — Abg. Franke (Osnabrück): Sie haben es nötig!)

(B)

**Dr. Maier, Minister des Landes Bayern:** Herr Kollege Schäfer, das ist wirklich eine Unterstellung, die ich scharf zurückweisen muß.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU. — Abg. Rawe: Das sagt ausgerechnet Herr Schäfer! Der hat es nötig! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

Ich darf zurückkommen — —

(Abg. Rawe: Ausgerechnet Herr Schäfer hat das nötig! — Abg. Kroll-Schlüter: Sie sollten sich schämen! — Anhaltende weitere Zurufe von der Mitte. — Abg. Kroll-Schlüter [zu Abg. Dr. Schäfer/Tübingen]: Wo waren Sie denn vor 30 Jahren?)

**Vizepräsident Frau Funcke:** Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

(Fortgesetzte Zurufe von der CDU/CSU.)

— Meine Damen und Herren, es ist eine Zwischenfrage angekündigt; ich bitte um Ruhe.

**Vahlberg (SPD):** Herr Staatsminister, erinnern Sie sich nicht mehr daran, daß die CDU/CSU und die NPD 1969 gemeinsam Herrn Schöler zum Bundespräsidenten machen wollten?

(Beifall bei der SPD.)

**Dr. Maier, Minister des Landes Bayern:** „Gemeinsam machen wollten“ setzt eine Absprache voraus. Davon kann überhaupt keine Rede sein.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU.)

**Vizepräsident Frau Funcke:** Gestatten Sie eine letzte Zwischenfrage des Abgeordneten Müller?

**Dr. Müller (München) (CDU/CSU):** Herr Staatsminister, ist Ihnen bekannt, daß der SPD-Abgeordnete Vahlberg, der Sie gerade gefragt hat, im Bundestagswahlkampf 1969 auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit Kommunisten gesprochen hat?

(Stürmische Rufe Hört! Hört! von der CDU/CSU.)

**Dr. Maier, Minister des Landes Bayern:** Das ist mir nicht bekannt.

Ich kehre jetzt wieder zu meiner Rede zurück, wenn es gestattet ist.

(Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: Parteigenosse Schäfer! — Weitere anhaltende Zurufe. — Abg. Franke [Osnabrück] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

— Bitte jetzt keine Zwischenfrage mehr!

**Vizepräsident Frau Funcke:** Meine Damen und Herren, der Herr Staatsminister hat vor der letzten Frage gebeten, keine Zwischenfragen mehr stellen zu lassen. Ich glaube, es liegt in unser aller Interesse, daß die Rede jetzt fortgesetzt und nicht wieder unterbrochen wird. (D)

(Abg. Stücklen: Bevormundung! — Weitere lebhafteste Zurufe von der CDU/CSU.)

— Der Herr Staatsminister hat mich gebeten, keine Zusatzfragen mehr zuzulassen. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

**Dr. Maier, Minister des Landes Bayern:** Ja, das trifft zu. Ich bitte um Entschuldigung. Aber ich möchte das Hohe Haus auch nicht gegen den Bundesrat aufbringen, weil er seine Redezeit hier überzieht. Aber vielleicht können nachher zu anderen Themen noch Fragen gestellt werden.

Ich komme zum letzten Teil meiner Ausführungen, nämlich zu der Frage: Was tun? Meine Damen und Herren, ich darf es wiederholen: In der Diagnose der Verhältnisse in Schulen und Hochschulen sind die Unionsparteien und die hiesigen Regierungsfractionen näher beieinander, als man glaubt. Ich sehe gerade in der Hochschulpolitik eine gewisse Wendung auch in der Beurteilung mancher Dinge durch SPD-Kollegen. Ich bin weit davon entfernt, diesen bitteren Triumph auszukosten. Man hat uns vor Jahren noch geprügelt und in eine rechte Ecke gestellt, wenn wir von Ordnung an Hochschulen sprachen, wenn wir ein Ordnungsrecht für eine unter anderen notwendigen Maßnahmen hielten. Daß es die allein notwendige sei und daß damit

(A) Landesminister Dr. Maier

allein die Hochschulen zu retten seien, hat niemals ein Unionspolitiker behauptet.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Aber es ist schon etwas beschämend, wenn heute das Ordnungsrecht von seiten der SPD gefordert wird und man nicht mit jenem kleinen Rest von Courtoisie, die auch in der Politik üblich sein sollte, zugibt, daß die SPD damit nach dreijähriger Verspätung eine Position der Unionsparteien eingeholt hat. Meine Damen und Herren, man sollte sich nicht fortschrittlich nennen, wenn man eine so lange Leitung hat und drei Jahre länger braucht als andere;

(lebhafter Beifall bei der CDU/CSU)

so sehr ich der Meinung bin, daß unser Bildungswesen auch für langsamer lernende Schüler etwas tun muß.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU.)

Lassen Sie mich nun zurückkommen. Ich sagte: In der Diagnose stimmen wir vielfach überein. Ich darf wiederum einen sozialdemokratischen Kollegen zitieren, Richard Löwenthal. Er hat gesagt, das Experiment der demokratisierten Universität, der Freien Universität in Berlin sei gescheitert. Ich zitiere aus einem Vortrag zum 25. Jahrestag der Gründung der FU. Er steht in der „FAZ“ vom 5. Dezember 1973. Es heißt dort:

Dieser Lösungsversuch ist gescheitert. Die durch das Gesetz von 1969 geschaffene, „demokratisierte“ Universität hat weder die inhaltliche Reform des Studiums geleistet noch die Integration der Extremisten verwirklicht, noch auch nur den äußeren Frieden, die elementarste Bedingung wissenschaftlicher Arbeit und freier Erziehung, wiederhergestellt. Aber Berlin braucht eine Universität — eine wahrhaft freie Universität. Wenn die FU eine Zukunft haben soll, wenn sie wieder in Freiheit nach Wahrheit streben soll, so muß ein neuer Versuch gewagt werden — und dieser Versuch kann nicht den bequemen Weg des geringsten Widerstandes gehen.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Meine Damen und Herren, ich möchte das verallgemeinern und fragen: Was tun wir in dieser Situation gegenüber den Problemen, die wir gemeinsam vorfinden und an die wir mit verschiedenen Traditionen und verschiedenen politischen Zielvorstellungen, aber gemeinsam der Verfassung verpflichtet herangehen?

Zunächst: Es scheint mir keineswegs nötig zu sein, eine waffenstarrende, abwehrbereite Demokratie in Szene zu setzen. Großzügigkeit und Gelassenheit müssen auch für uns das Richtmaß sein. Das ist von allen Seiten dieses Hauses gesagt worden. Aber es gibt drei deutliche Grenzen, anknüpfend an das, was ich einleitend gesagt habe.

Die eine Grenze ist die folgende. Es mag Extremisten in der Gesellschaft geben. Aber — um Herrn Neubauer zu zitieren — Nationalsozialisten und

(C) Kommunisten haben in unserer Gesellschaft keinen Anspruch auf Ämter dieses demokratischen Staates.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Man kann vom Staat viel an Toleranz verlangen. Man kann aber nicht von ihm verlangen, daß er den Selbstmord der Demokratie prämiert.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Man kann von ihm auch nicht verlangen, daß er der Subventionierung der Revolution zustimmt und daß er Leute auf Planstellen setzt, die von dieser Basis her diese Demokratie, die unsere gemeinsame Basis ist, zerstören. Das kann man nicht verlangen.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Insofern steht die Antwort, die klare, präzise Antwort der SPD — in allgemeiner Form ist das gesagt worden — zu der Frage des Extremistenerlasses und der Praxis des Extremistenerlasses immer noch aus. Ich wehre mich auch dagegen, daß hier immer gesagt wird: der Erlaß der Ministerpräsidenten. Es ist der Erlaß der Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Ich habe nicht gehört, daß er seine Unterschrift zurückgezogen hätte.

Die zweite Maxime, auf die sich alle Seiten einigen sollten, ist: Keine Zusammenarbeit mit extremistischen Kräften!

(Beifall bei der CDU/CSU.)

(D) Es geht heute quer durch die SPD, vor allem in den großen Städten, eine Auseinandersetzung um die Fragen der Zusammenarbeit oder Nichtzusammenarbeit und der Abgrenzung nach links. Ich könnte hier aus der Münchner Szenerie eine Fülle von Äußerungen zitieren, von Herrn Kronawitter über Herrn Preisinger und Herrn Johann bis zu Herrn Bundesminister Vogel. Ich will mir das ersparen. Ich möchte auch gar nicht Salz in die Wunden der SPD streuen. Meine Damen und Herren, was ich von Ihnen erwartet hätte, wäre nur gewesen, daß Sie wenigstens die Lage so geschildert hätten, wie sie ist.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU.)

Man sollte das doch wenigstens aussprechen und nicht so tun, als sei man der einzige Fremdling in Jerusalem, der davon noch nie gehört hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU.)

Das ist politisches Biedermeier.

(Erneute Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU.)

Das dritte — und damit komme ich zur Hochschulpolitik — ist eine Gemeinsamkeit in den Grundfragen der Hochschulpolitik. Es genügt nicht, wenn der Bundeswissenschaftsminister jetzt auf einmal von der Notwendigkeit eines Ordnungsrechts spricht. Ich sage Ihnen sehr deutlich als einer, der dieses Ordnungsrecht durchgekämpft hat, auch gegen Sie und Ihre Partei: Damit allein ist überhaupt nichts gewonnen. Wenn Sie nicht den Vertrauensschwund stoppen, wenn Sie nicht die Verantwort-

Landesminister Dr. Maler

- (A) tungsgebiete klar regeln, wenn Sie nicht denen, die zu Forschung und Lehre verpflichtet sind und das in der Urkunde, in der Bestallung, bekommen, die Möglichkeit geben, sich in den Gremien durchzusetzen — Sie können sie ja nicht mit Boxhandschuhen ausstatten —, dann nützt Ihnen ein nachträglich imputiertes Ordnungsrecht überhaupt nichts.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Bei diesem Punkt — wenn man schon über die Frage der Verfassungskonformität spricht und über die Haltung der SPD zur Verfassung und wenn man mit Recht die Verfassungsloyalität der SPD betont — hätte ich auch ein Wort zu den Fragen der Anpassung sozialdemokratischer Länderhochschulgesetze an das Urteil des Karlsruher Gerichts erwartet

(Beifall bei der CDU/CSU.)

— davon ist nicht gesprochen worden — und eine Äußerung zur Frage des künftigen Hochschulrahmengesetzes; aber das wird vielleicht noch kommen. Denn auch hier ist festzustellen, daß das Karlsruher Urteil in einem zentralen Punkt durch eine taktische Umstückerung unterlaufen wird. Ich will es mir jetzt versagen, auf Einzelheiten einzugehen.

Wenn man die Verfassung weiter entwickeln will, muß man sie zunächst einmal einhalten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und Beifall des Abg. Dr. Schäfer [Tübingen]).

- (B) Wenn man den Respekt vor dem Bundesverfassungsgericht beschwört bei gleichzeitiger Offenheit der Kritik — denn dies steht allen frei —, dann sollte man auch in diesem Punkt, wo das Gericht sehr dezidiert gesprochen und Positionen der SPD-Hochschulpolitik für nichtig erklärt, die Courtoisie, die Ehrlichkeit und den Anstand haben zu sagen: Gut, hier haben wir geirrt, und hier revidieren wir unseren falschen Ansatz. Das ist leider nicht geschehen.

Abschließend: Wir führen hier keine Debatte gegen die SPD, das wäre anmaßend oder lächerlich. Wir führen aber sehr wohl eine Debatte gegen die USPD in den allzu breiten Mantelfalten der heutigen SPD.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU.)

Mir scheint — und nicht nur mir allein —, die Zeit für eine deutlichere Unterscheidung ist hier gekommen, im Interesse dieser Republik, aber auch im eigenen Interesse dieser Regierung und vor allem der SPD. Diese Entscheidung wird Ihnen niemand abnehmen, und der Bundeskanzler sollte vor dieser Entscheidung nicht in eine ebenso faltenreiche wie konsequenzlose Rhetorik flüchten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU.)

Ich kann verstehen, daß man sagt: man muß jeden Versuch der Integration unternehmen. Dafür habe ich Verständnis. Aber es gibt extremistische Kräfte, die können Sie nicht eingliedern: denn die werden immer die SPD als Vehikel und Durchgangsstation für einen ganz anderen Staat ansehen. Und am Ende werden Sie dann auch noch die Wähler verlieren, die auf die SPD gesetzt haben als Anwalt der Schwachen gegen Gewalttätigkeit und als Anwalt des Rechts gegen Gewalttäter.

(C) Ich schließe mit einer Äußerung, die vor kurzem der Bundespräsident beim Wissenschaftsrat und Bildungsrat getan hat:

Mit dem Grundgesetz nicht in Einklang zu bringen sind alle Bestrebungen, auf dem Wege über Schule und Hochschule aus der Bundesrepublik einen Klassenstaat oder einen Weltanschauungsstaat zu machen. Das Grundgesetz schützt die Koalitionsfreiheit, die Freiheit des Gewissens und das Recht auf die eigene Meinung, aber es gibt keinem einzelnen und keiner Gruppe das Recht, ihre Meinung, ihren Glauben oder ihre Weltanschauung zur verbindlichen Staatslehre zu erheben.

Dem ist nichts hinzuzufügen — es sei denn der Appell an alle Demokraten, sich auf diese Sätze auch für die gemeinsame Resolution zu einigen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU.)

Vizepräsident Frau Funcke: Das Wort hat Frau Abgeordnete Benedix.

Frau Benedix (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der heutigen Debatte hat schon mehrfach die Situation der Schule und der Hochschule eine entscheidende Rolle gespielt. Ich meine, das ist eine Tatsache, die an sich schon ein Zeichen ist, das nicht übersehen werden darf. Wenn ich mich jetzt erneut diesem Fragenbereich zuwende, dann deshalb, weil ich der Auffassung bin, daß das Verhältnis der Jugend zu diesem unseren Staat, der Bundesrepublik Deutschland, nicht nur eine entscheidende, sondern ich möchte sagen: eine existentielle Frage für den Fortbestand dieser demokratischen Ordnung ist. (D)

Ehe ich auf diese Fragen eingehe, kann ich mir allerdings nicht versagen, Ihnen, Herr Ministerpräsident Osswald — sind Sie noch da? — eine Antwort zu geben.

(Zurufe von der CDU/CSU: Wo ist er?)

— Er ist weg. Schade. — Ich hatte nämlich vor etwa zwei Jahren, als ich noch dem niedersächsischen Landtag angehörte, das Vergnügen, einmal mit einer interfraktionellen Gruppe Hessen zu bereisen, weil Hessen so fortschrittlich ist und wir uns dort die integrierten Gesamtschulen ansehen wollten. Es waren übrigens auch einige Herren Ihres Ministeriums, Herr Minister von Oertzen, dabei.

Als wir nach zwei Tagen nur Schulen besucht hatten, die zwei Jahrgänge umfaßten — bekanntlich treten die Probleme erst dann auf, wenn die Schulen größer sind, also erst beim vierten, fünften Jahrgang —, bestanden wir darauf, nicht unverrichteter Dinge umzukehren und endlich einmal eine solche Schule zu sehen. Wo führte man uns hin? Nach Wolfshagen. Der Direktor empfing uns und sagte: „Nanu, wie kommt das? Sie sind sicher fehlgeleitet; wir sind keine integrierte Gesamtschule, sondern eine kooperative. Ich muß Sie enttäuschen.“

Die Diskussion, die sich dann ergab, war sehr, sehr aufschlußreich insofern, als wir erst einmal erfuh-